



Kreditgewährung durch Kontoüberziehung und Kontoüberschreitung

I. Überziehung / Überschreitung – Definition und Abgrenzung

1. Überziehung (§ 18 Abs 1 VKrG)
2. Überschreitung (§ 23 Abs 1, § 24 Abs 1 VKrG)
3. Unterschied in Tatbestand und Rechtsfolgen
4. Abgrenzung

II. Frühere Rechtslage

1. Kontokorrentkredit (§ 33 Abs 3 BWG)
2. Kontoüberziehung (§ 34 Abs 2 Z 2 und Abs 3, § 35 Abs 1 Z 1 lit d BWG)

III. Überziehung

1. „Ausdrücklicher Kreditvertrag“ (§ 18 Abs 1 VKrG)
2. Pflichten des Kreditgebers
 - a) kurzfristige Überziehungsmöglichkeit
 - b) sonstige Überziehungsmöglichkeit
3. Rechtsfolgen bei Pflichtverletzung

IV. Überschreitung

1. Vertragsschluss (§ 23 Abs 1 iVm § 24 Abs 1 VKrG)
2. Nicht akzeptierte Überschreitung
3. Pflichten des Kreditgebers
4. Pflichten bei „erheblicher“ Überschreitung von mehr als einem Monat
5. Rechtsfolgen bei Pflichtverletzung

I. Überziehung / Überschreitung – Definition und Abgrenzung

1. Überziehung

- § 18 Abs 1 VKrG:
(1) Eine Überziehungsmöglichkeit ist ein ausdrücklicher Kreditvertrag, mit dem sich der Kreditgeber verpflichtet, dem Verbraucher Beträge zur Verfügung zu stellen, die das aktuelle Guthaben auf dem laufenden Konto des Verbrauchers überschreiten.

2. Überschreitung

- § 23 Abs 1 VKrG:
(1) Überschreitung ist eine stillschweigend akzeptierte Überziehung, bei der der Kreditgeber dem Verbraucher entgeltlich Beträge zur Verfügung stellt, die das aktuelle Guthaben auf dem laufenden Konto des Verbrauchers oder die vereinbarte Überziehungsmöglichkeit überschreiten.
- § 24 Abs 1 VKrG:
(1) Ein Vertrag über die Eröffnung eines laufenden Kontos, der dem Verbraucher die Möglichkeit der Überschreitung einräumt, muss Informationen über den Sollzinssatz, über die Bedingungen für die Anwendung des Sollzinssatzes, über Indizes oder Referenzzinssätze, die auf den anfänglichen Sollzinssatz Anwendung finden, über die vom Zeitpunkt einer Überschreitung an zu zahlenden Entgelte und gegebenenfalls über die Bedingungen, unter denen diese Entgelte geändert werden können, enthalten. Der Kreditgeber muss diese Informationen in regelmäßigen Abständen auf Papier oder einem anderen dauerhaften Datenträger mitteilen.

3. Unterschied in Tatbestand und Rechtsfolgen

- tatbestandsmäßiger Unterschied beschränkt sich auf die Modalitäten des Vertragsschlusses
- bei Überschreitung sind die Informationspflichten des Kreditgebers erheblich reduziert; keine Pflicht zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers (§ 7 VKrG); keine Vorschrift über zwingende Angaben im Kreditvertrag

- sachliche Rechtfertigung der unterschiedlichen Behandlung: Kreditnehmer wird offensichtlich für weniger schutzbedürftig angesehen, wenn er selbst durch Überschreitung seiner Kontodeckung die Initiative zum entsprechenden Vertragsschluss setzt

4. Abgrenzung

- Überschreitung nur dann, wenn Inanspruchnahme des Kredits ohne vorherige Vereinbarung und ohne entsprechendes Angebot von Seiten des Kreditgebers erfolgt

II. Frühere Rechtslage

1. Kontokorrentkredit

- § 33 Abs 3 BWG:
[...] Revolvierende Kontokorrentkredite im Sinne dieser Bestimmung sind Kredite in laufender Verrechnung, bei denen der Verbraucher im Rahmen der vereinbarten Laufzeit über den Kreditbetrag oder Teile davon frei und wiederholt verfügen kann. Die Bestimmungen dieses Absatzes sind nicht anzuwenden auf
 1. [...]
 2. die Überziehung von Verbrauchergirokonten.

2. Kontoüberziehung

- § 34 BWG:
 - (1) [...]
 - (2) Der Verbrauchergirokontovertrag hat zusätzlich zu den Informationen gemäß ZaDiG zumindest folgende Angaben zu enthalten.
 1. [...]
 2. einen Hinweis auf den Aushang des geltenden fiktiven Jahreszinssatzes für Überziehungen gemäß § 35 Abs 1 Z 1 lit d.
 - (3) Das Kreditinstitut hat mittels Kontoauszug dem Verbraucher zumindest einmal vierteljährlich den Kontostand bekanntzugeben und bei länger als drei Monate

andauernder Kontoüberziehung auf den Aushang des geltenden fiktiven Jahreszinssatzes für Überziehungen gemäß § 35 Abs 1 Z 1 lit d hinzuweisen.

- § 35 BWG:

(1) Kreditinstitute haben im Kassensaal auszuhängen:

1. Angaben über

[...]

d) den fiktiven Jahreszinssatz gemäß § 33 Abs 5 unter der Annahme der Inanspruchnahme eines verfügbaren Kreditbetrages in Höhe von 5 000 Euro im Ausmaß von 50 vH und von 100 vH, allenfalls an Hand repräsentativer Beispiele, im Fall

aa) des Zahlungsverzuges gemäß § 33 Abs 2 Z 3 und

bb) der Überziehung von Verbrauchergirokonten

[...]

III. Überziehung

1. „Ausdrücklicher Kreditvertrag“

- Begriff „ausdrücklich“ in § 18 Abs 1 VKrG mE nicht wörtlich zu verstehen, sondern iSv hinreichend deutlich → auch konkludenter Vertragsschluss möglich
 - nach seiner ratio dient der Begriff „ausdrücklich“ nur der Abgrenzung von der stillschweigend akzeptierten Überziehung nach § 23 VKrG (in diesem Sinn auch die Mat zu § 504 BGB)
 - § 504 Abs 1 BGB verlangt keinen ausdrücklichen Vertragsschluss, sondern nur, „dass der Darlehensgeber in einem Vertragsverhältnis über ein laufendes Konto dem Darlehensnehmer das Recht einräumt, sein Konto in bestimmter Höhe zu überziehen“.

2. Kurzfristige Überziehungsmöglichkeit

a) Tatbestand

- § 18 Abs 2 VKrG: vereinbarte Rückzahlungsverpflichtung nach Aufforderung durch Kreditgeber oder binnen drei Monaten

b) Pflichten des Kreditgebers

- § 19 VKrG: vorvertragliche Informationspflichten gegenüber § 6 VKrG reduziert
- Verwendung des einschlägigen Formulars nicht zwingend
- bei Nichtverwendung des Formulars Pflicht zur optischen Hervorhebung der Angaben gem § 19 Abs 1 Z 1-12 VKrG
- § 20 VKrG: zwingende Angaben im Kreditvertrag gegenüber § 9 VKrG reduziert
- §§ 21, 22 VKrG: zusätzliche Informationspflichten während laufenden Kreditverhältnisses
- Pflicht zur Überprüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers gem § 7 VKrG

3. Sonstige Überziehungsmöglichkeit

a) Tatbestand

- § 18 VKrG: Kreditgewährung für länger als drei Monate dauernden Zeitraum

b) Pflichten des Kreditgebers

- § 18 Abs 3 VKrG: gleiche Pflichten wie bei jeder sonstigen Kreditgewährung
- §§ 21, 22 VKrG: zusätzliche Informationspflichten während laufenden Kreditverhältnisses

4. Rechtsfolgen bei Pflichtverletzung

- Strafsanktion gem § 28 VKrG
- mögliche Rechtsfolgen nach allgemeinem Zivilrecht:
 - Vertragsanfechtung oder -anpassung wegen Willensmangels und bereicherungsrechtliche Folgeansprüche
 - Schadenersatzansprüche

IV. Überschreitung

1. Vertragsschluss

- § 23 Abs 1 VKrG: vom Kreditgeber „stillschweigend akzeptierte Überziehung“

- Voraussetzungen:
 - Kontovertrag muss Rahmenvereinbarung gem § 24 Abs 1 VKrG enthalten
 - dem Verbraucher müssen Informationen gem § 24 Abs 1 VKrG – auch ohne Kontoüberschreitung – in regelmäßigen Abständen mitgeteilt werden
 - Rahmenvereinbarung gilt (nur) für den Fall einer Kontoüberschreitung, die durch Kreditgeber „stillschweigend akzeptiert“ wird

2. Nichtakzeptierte Überschreitung

- nicht Akzeptieren der Überschreitung muss wohl dem Verbraucher unverzüglich mitgeteilt werden
- es kommt kein Kreditvertrag zustande
- Rechtsfolgen richten sich nach allgemeinem Zivilrecht

3. Pflichten des Kreditgebers bei akzeptierter Überschreitung

- Pflicht zur regelmäßigen Information gem § 24 Abs 1 VKrG auch nach Vertragsschluss
- keine Pflicht zur Ausfertigung eines Kreditvertrags mit zwingenden Angaben
- keine Pflicht zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers

4. „Erhebliche Überschreitung“ von mehr als einem Monat

a) Tatbestand

- Begriff der „erheblichen Überschreitung“ gem § 24 Abs 2 VKrG weder in RL noch in österr Mat erläutert
- Mat zu § 505 Abs 2 BGB: „Die Erheblichkeit ist am konkreten Einzelfall zu bemessen. Je geringer die in einem bestimmten Zeitraum dem Verbraucher auf dem laufenden Konto gutgeschriebenen Beträge sind, desto schneller ist die Überziehung ‚erheblich‘. Es kommt auf das einzelne Vertragsverhältnis zwischen Verbraucher und Unternehmer an. Irrelevant bei der Abschätzung der Erheblichkeit ist, ob dem Verbraucher andere Geldquellen zustehen und wie rasch er die Überziehung zurückführen kann.“

- zusätzliche Pflichten des Kreditgebers nur bei erheblicher Überschreitung für die Dauer von mehr als einem Monat

b) Zusätzliche Pflichten des Kreditgebers

- unverzügliche Informationspflicht gem § 24 Abs 2 VKrG
- keine Pflicht zur Ausfertigung eines Kreditvertrags mit zwingenden Angaben
- keine Pflicht zur Überprüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers

5. Rechtsfolgen bei Pflichtverletzung

- Strafsanktion gem § 28 VKrG
- Schadenersatzpflichten nach allgemeinem Zivilrecht
- bei Nichtabschluss einer Rahmenvereinbarung gem § 24 Abs 1 VKrG können die entsprechenden Punkte (insb Zinssatz und Entgelte) nicht Vertragsinhalt werden